

# Erklärung der Antifagruppen AG17 und AJAE zur Einschränkung des Versammlungsrechts am 14.07.2007



Am 14. 7. findet eine Gegenveranstaltung gegen die Abschlusskundgebung der NPD-Mitgliederkampagne vor der Staatskanzlei statt. Der Auflagenbescheid für die Gegenkundgebung enthält unter anderem ein Verbot von Sonnenbrillen in Verbindung mit Kapuzenpullovern. Diese Kombination wird als Vermummung gewertet, und würde somit gegen das geltende Versammlungsrecht verstoßen. Wir, die Antifagruppen AG17 und AJAE, positionieren uns gegen diese kriminalisierenden Auflagen.

Mit dieser speziellen Auflage sollen vermeintlich militante und gewalttätige Gegendemonstrant\_innen an der Teilnahme der Veranstaltung gehindert werden. Diese Logik beruht auf der Annahme, dass eine solche "Vermummung" nur dazu dient, Straftäter\_innen zu tarnen. Da allerdings auf öffentlichen Gegenaktion zu Naziveranstaltungen immer damit gerechnet werden muss, dass teilnehmende Antifaschist\_innen von Nazis ab fotografiert werden, ist es notwendig, seine Identität durch das Tragen von Mützen, Kapuzen, Sonnenbrillen, etc. verschleiern zu können. Hierdurch wird sich gegen später möglicherweise folgende rechte Gewalt geschützt.

Außerdem sollten, wenn Kundgebungsteilnehmer\_innen ihre Gesichter zeigen müssen, auch Polizeibeamte identifizierbar sein. Polizist\_innen treten immer öfter mit Sturmhauben bei öffentlichen Veranstaltungen in Erscheinung und fallen durch Gewalttätigkeiten auf. Eine Identifizierung der Täter\_innen ist nicht möglich. Der Bürgertisch für Demokratie würde seinen Namen eher gerecht werden, wenn er sich für die Kennzeichnungspflicht für Polizist\_innen einsetzen würde, statt ein weiteres Aushöhlen des Versammlungsrechtes stillschweigend zu dulden.

Stattdessen geht der Bürgertisch sogar noch einen Schritt weiter: mit seinem voreiligen Gehorsam ermöglicht er eine Einschränkung des Versammlungsrechtes, die weit hinter bisherige Standards zurückfällt.

Wir wollen den Bürgertisch noch einmal daran erinnern, dass der Nazi-Aufmarsch am 1. Mai durch ein Zusammenspiel verschiedener Aktionsformen verhindert wurden ist, und nicht durch die von ihm betriebene Politik des "Bratwurstessen gegen Rechts". Deswegen rufen wir auf, die angemeldete Gegenveranstaltung am 14. 7. **nicht** zu besuchen, sondern sich mit dezentralen Aktionen gegen die Nazikundgebung zu engagieren. Wir lassen uns unseren "Dresscode" nicht durch einen Auflagenbescheid vorschreiben.

**Für Antifaschismus ohne Auflagen und Vorschriften**